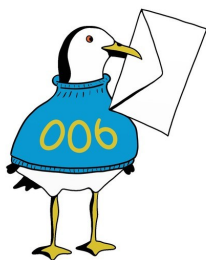


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Wochenende hat der Koalitionsausschuss eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die sowohl die Auswirkungen des Coronavirus auf die deutsche Wirtschaft auffangen, als auch Investitionen in die Wirtschaft grundsätzlich ankurbeln sollen. Im Mittelpunkt stehen hier auch Planungsbeschleunigungen, gerade im Bereich der Verkehrsinfrastruktur.

Auswirkungen der Corona-Epidemie

Die Infektionsrate ist in Deutschland in der vergangenen Woche sprunghaft in die Höhe gegangen. Auch im Bundestag wurden erste Fälle gemeldet. Um die Verbreitung des Virus zumindest zu verlangsamen, wurden in der letzten Woche so gut wie alle großen Veranstaltungen abgesagt. Sowohl alle verzichtbaren partei- und bundestagsinternen Termine, als auch Abendveranstaltungen von Vereinen und Verbänden, die normalerweise in der Sitzungswoche hier in Berlin stattfinden.

Auch die Verwaltung des Bundestages hat reagiert: Besuchsangebote für Besuchergruppen (Informationsvortrag, Plenarbesuch, Führungen usw.) sind ab Montag, den 16. März 2020 bis zunächst 30. April 2020 eingestellt. Das finde ich vernünftig und ein wichtiges Signal, denn laut Robert-Koch-Institut ist der Höhepunkt der Epidemie in Deutschland noch nicht erreicht. Es sollte uns deswegen allen ein Anliegen sein, größere Menschenmengen zu vermeiden. Nichts desto trotz, geht die Arbeit hier im Bundestag seinen "normalen" Lauf und mein Büro ist natürlich nach wie vor per Mail und Telefon zu erreichen.

Investitionen und Planungsbeschleunigung



Die Beschlussfassung des Koalitionsausschuss sieht neben den Regelungen zum Kurzarbeitergeld (Näheres dazu weiter unten im Newsletter) vor allem eine Investitionsoffensive für Deutschland vor. So sollen die Investitionen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024 um jeweils 3,1 Mrd. Euro verstärkt werden. Das Geld fließt demnach in Verkehrswege des Bundes, in Städtebaumittel zur Reaktivierung von Brachflächen, in die Sanierungen von Sportstätten und den sozialen Wohnungsbau der Länder.

Je nach finanziellem Spielraum sollen auch Gelder in eine "**Investitionsoffensive Strukturwandel und gleichwertige Lebensverhältnisse**" fließen. Dafür werden die Baransätze des Bundes für die "Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftspolitik" erhöht.

Ein wichtiges Signal aus dem Koalitionsausschuss ist vor allem der Beschluss, Planungsverfahren im Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur zu beschleunigen. Wer

viel mit dem Auto unterwegs ist weiß, dass freie und gut ausgebaute Straßen nicht immer selbstverständlich sind. Das liegt meistens nicht an fehlenden finanziellen Mitteln, sondern an oftmals zu langen Planungs- und Vergabeverfahren. Die Bundesregierung wird daher gebeten, einen Entwurf für ein Investitionsbeschleunigungsgesetz bis zum Sommer 2020 auf den Weg zu bringen, damit wir im Bundestag bis zum Herbst darüber entscheiden können.

Diese Woche war aber noch viel mehr los! Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen. Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? [Schreiben Sie mir!](#)

Das war die Woche im Plenum

Gegen Hass und Hetze im Netz



Wie verroht und enthemmt unsere Sprache und der Umgang miteinander ist, merke nicht nur ich, sondern auch die vielen (größtenteils ehrenamtlichen) Lokal- und Kommunalpolitiker. Anfeindungen im Netz, bei Veranstaltungen oder im Privaten haben viele schon erlebt. Nicht immer bleibt es bei verbaler Gewalt. Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der Terroranschlag in Halle oder das Attentat von Hanau zeigen uns, was Hasskriminalität und Fake-News anrichten können.

Mit dem Gesetzespaket, über das wir am Donnerstag im Bundestag debattiert haben, nehmen wir ebendiese neue Form der Kriminalität schärfer ins Visier. Das Internet soll nicht mehr Raum für die anonyme Verbreitung von Hass und Hetze sein. Das Gesetz enthält folgende Kernpunkte:

Die Änderung des Strafgesetzbuches:

- Künftig sollen Drohungen mit Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die körperliche Unversehrtheit, die persönliche Freiheit oder gegen Sachen von bedeutendem Wert, die sich gegen die Betroffenen oder ihnen nahestehende Personen richten, strafbar sein.
- Wer öffentlich im Netz andere beleidigt, soll mit bis zu zwei statt mit bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe bestraft werden können.
- Antisemitismus härter bestrafen: Der besondere Schutz des § 188 StGB vor Verleumdungen und übler Nachrede soll ausdrücklich auf allen politischen Ebenen gelten, also auch für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker.
- Antisemitische Tatmotive sollen als strafscharfende Beweggründe in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden. Die Änderung ist eine Reaktion auf einen enormen Anstieg antisemitischer Straftaten – seit 2013 um über 40 Prozent.
- Personal in Notaufnahmen besser schützen: Künftig soll auch die Billigung künftiger schwerer Taten erfasst sein, wenn diese geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Das öffentliche Befürworten der Äußerung, jemand gehöre „an die Wand gestellt“ ist ein Beispiel für die künftige Strafbarkeit.
- Rettungskräfte im Einsatz sind vor zwei Jahren strafrechtlich besser vor Attacken geschützt worden. Dieser Schutz soll nun auf Personal in ärztlichen Notdiensten und in Notaufnahmen ausgedehnt werden.

Pflicht sozialer Netzwerke zur Meldung an das BKA

- Soziale Netzwerke sollen strafbare Postings künftig nicht mehr nur löschen, sondern in bestimmten schweren Fällen auch dem Bundeskriminalamt (BKA) melden müssen, damit die strafrechtliche Verfolgung ermöglicht wird. Um Täter schnell identifizieren zu können, müssen soziale Netzwerke dem BKA auch die

letzte IP-Adresse und Port-Nummer, die dem Nutzerprofil zuletzt zugeteilt war, mitteilen.

Verlängerung von fünf Bundeswehrmandaten

Die Plenartage am Donnerstag und Freitag standen im Zeichen der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Über die Verlängerung von fünf Mandaten haben wir abgestimmt. Am Donnerstag haben wir zunächst zwei Bundeswehrmandate verlängert: Die Beteiligungen an der "**United Nations African Hybrid Mission in Darfur (UNAMID)**" und an der "**United Nations Mission in the Republic of South Sudan (UNMISS)**". Am Freitag standen dann drei Bundeswehrmandate auf dem Programm: Die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz "**Resolute Support**" für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan; Die NATO-geführte maritime Sicherheitsoperation „**Sea Guardian**“ im Mittelmeer; Und die "**Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte Irak und Syrien**".

Bei **UNAMID** handelt es sich um eine von den Vereinten Nationen (UN) sowie der Afrikanischen Union gemeinsam durchgeführte Friedensmission im Sudan. Im Fokus stehen die humanitäre Hilfe und der Schutz der Bevölkerung. Das Mandat zielt darauf ab, die sudanesischen Regierung in ihrem Streben nach einer dauerhaften Lösung des Darfur-Konflikts zu unterstützen. Die Bundeswehr leistet hier gemeinsam mit den Sicherheitskräften vor Ort einen Beitrag zur Stabilität in der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Sudan-Sahel-Zone. Wir haben das Mandat für die Bundeswehr um neun Monate verlängert, um einen Übergangsrahmen für eine zivile Mission zu schaffen.



UNMISS ist eine Mission zur Friedenssicherung der Vereinten Nationen im Südsudan. Seit 2005 beteiligt sich die Bundeswehr an der Mission und unterstützt bei der Durchführung des Friedenabkommens und des Friedensprozesses. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Mandats durch UNMISS bleibt für die Stabilisierung Südsudans und seine leidgeprüfte Zivilbevölkerung unverzichtbar. Der deutsche militärische Beitrag für UNMISS soll weiterhin darin bestehen, sich mit Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie mit Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren zu beteiligen. Die Mandatsobergrenze bleibt bei 50 Soldaten. Aktuell sind 13 von ihnen im Rahmen der Mission im Einsatz.



Im Rahmen von **Resolute Support** sollen wie bisher bis zu 1.300 Soldaten der NATO-Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission nach Afghanistan entsendet werden können. Die Arbeit der deutschen Kräfte findet in Kabul, Bagram, Masar-e Scharif und Kunduz statt. Auftrag

der Mission ist es, die afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte zu befähigen, ihrer Sicherheitsverantwortung nachzukommen. Dazu sollen sie vorrangig auf der ministeriellen und der nationalen institutionellen Ebene beraten und unterstützt werden. Wir haben in der Abstimmung das Mandat bis zum 31. März 2021 verlängert.



Auch künftig sollen bis zu 650 Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der NATO-geführten maritimen Sicherheitsoperation **"Sea Guardian"** im Mittelmeer eingesetzt werden können, um „auf und über See“ Lagebilder zu erstellen und den Seeraum zu überwachen. Der Einsatz leistet einen Beitrag zum maritimen Kampf gegen Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels. Das Einsatzgebiet umfasst das Mittelmeer, die Straße von Gibraltar und ihre Zugänge und den darüber liegenden Luftraum. Auch dieses Mandat wurde um ein Jahr bis Ende März 2021 verlängert.



Die **„Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte in Irak und Syrien“** war die letzte Abstimmung am Freitag. Mit dem erteilten Mandat sollen die Aufgaben der beteiligten Bundeswehrkräfte im Rahmen der NATO-Mission im Irak ergänzt werden. Sie dienen der Einsatzunterstützung durch Luftbetankung und dem Lufttransport für die internationale Anti-IS-Koalition (Bekämpfung des sogenannten „Islamischen Staats“), für internationale Organisationen, für Alliierte und Partner sowie der bodengebundene Luftraumüberwachung. An der Befristung des gesamten Einsatzes bis 31. Oktober 2020 ändert sich nichts.



Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses zum Kurzarbeitergeld

Die Auswirkungen der Corona-Epidemie sind für manche Branchen bereits jetzt zu spüren. Andere wird es wohl erst mit etwas Verzögerung treffen. Um der Wirtschaft hier möglichst schnell und unbürokratisch unter die Arme greifen zu können, haben wir heute Morgen im Plenum über die Ergebnisse des Koalitionsausschusses beraten und Regelungen zum Kurzarbeitergeld beschlossen.



Um für die Unabwegbarkeiten der Auswirkungen der Corona-Epidemie in Deutschland gewappnet zu sein, wird es eine befristete Verordnungsermächtigung geben, mit der die Bundesregierung kurzfristig reagieren kann: Sie kann die Voraussetzungen für den

Bezug von Kurzarbeitergeld absenken, so dass Betriebe das Geld schon nutzen können, wenn nur 10 Prozent der Beschäftigten vom Arbeitsausfall betroffen sind, statt wie bisher ein Drittel. Der Bezug von Kurzarbeitergeld kann auch im Bereich der Leiharbeit ermöglicht werden. Außerdem ist eine vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit möglich. Die Neuregelungen sollen bereits in der ersten Aprilhälfte 2020 in Kraft treten und bis Ende 2020 gelten.

Das war die Woche in Berlin

Entwicklungshilfe "Made in Dörnick"



Jürgen Busdorf aus Dörnick im Kreis Plön ist Landwirt und Unternehmer. Zusammen mit drei Freunden aus Kanada und dem Sudan hat er sich selbstständig gemacht und die Firmen CSG Agri Cultura GmbH und CSG Agri Cultutra international gegründet. Sein Ziel: Eine nachhaltige Landwirtschaft im Sudan aufbauen und dadurch die Wertschöpfung im Land erhalten. Gespräche mit Vertretern aus Politik, mit Banken und Landwirten vor Ort hat er bereits geführt.

Wie können solche Entwicklungshilfeprojekte von der Bundesregierung gefördert und finanziert werden? Über diese und viele andere Fragen haben Jürgen Busdorf, die Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Maria Flachsbarth und ich uns am Dienstagmittag unterhalten. Der Unternehmer und seine Partner haben ein klares Konzept: Geräte und Know-how liefern und die Projekte vor Ort aktiv begleiten, inklusive der Schulung der Landwirte. Auch das Management soll über einige Jahre hinweg aktiv begleitet werden, sodass eine Landwirtschaft entsteht, die nachhaltig ist und den Landwirten eine langfristige Perspektive bietet. Die Probleme im Sudan selbst seien groß, so Busdorf. Die deutsche Entwicklungshilfe im Land wurde bereits vor Jahrzehnten eingestellt. Korruption ist nach wie vor ein riesiges Problem, dass die aktive Unterstützung durch ausländische Stellen und Organisationen hemmt.

Maritimes Frühstück

Am Donnerstagmorgen hat die Deutsche Maritime Akademie aus Laboe zu einem Frühstück mit anschließender Beiratssitzung eingeladen. Zum Thema "Die Deutsche Marine in der multipolaren Welt" sprach Verteidigungsministerin Annegetret Kramp-Karrenbauer vor allem über die Sicherheit im Ostseeraum. Ein Thema, dass aktueller denn je ist. Denn die baltischen Staaten nehmen Russland zunehmend als Bedrohung wahr und befürchten, dass durch die Fokussierung auf den Krieg in Syrien die Europäer den Blick für die Sicherheitslage im Baltikum verlieren.



Diese Befürchtung müssen wir ernst nehmen und als Nato-Mitglied unserer Verantwortung gegenüber den baltischen Staaten gerecht werden. Das Thema Sicherheit im Ostseeraum ist auch bei der Arbeit des Kapitäns zur See Matthias Kähler (Foto) allgegenwärtig. Kapitän Kähler ist Kommandeur der Marineunteroffiziersschule in Plön

und war u.a. für dieses Treffen nach Berlin gereist. Immer schön, bekannte Gesichter in Berlin zu sehen!

Treffen der "Gruppe der Frauen"



Eine Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen: Darum ging es heute bei dem Treffen der Gruppe der Frauen. Zu Gast war Nadine Schön, die in unserer Fraktion für das Thema Familie und Frauen zuständig ist. Diskutiert wurde über einen entsprechenden Gesetzentwurf für mehr Frauen in Führungspositionen, den Familienministerin Dr. Franziska Giffey derzeit mit anderen zuständigen Ministerien abstimmt. Zur Quote gibt es auch unter uns Frauen unterschiedliche Meinungen.

Für mich steht es vollkommen außer Frage, dass wir mehr Frauen in führenden Positionen der Wirtschaft, im Kulturbetrieb und der Politik brauchen. Allerdings bin ich skeptisch, ob eine festgelegte Quote, die bei Nicht-Einhaltung mit Strafgeldern verbunden ist, das passende Mittel zur Erreichung dieses Ziels ist!

Terminauswahl für die Wochen vom 16. bis zum 27. März 2020

Dienstag, 17. März 2020

- Telefonkonferenz des CDU-Landesvorstandes

Montag, 23. März 2020

- Sitzung der CDU-Landesgruppe
- Empfang der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen

Dienstag, 24. März 2020

- Sitzungen der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Kultur und Medien
- Fraktionssitzung

Mittwoch, 25. März 2020

- Sitzungen der Ausschüsse für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Kultur und Medien

Donnerstag, 26. März 2020

- Kuratoriumssitzung des Deutschen Historischen Museums

Freitag, 27. März 2020

- Treffen der "Gruppe 17" mit dem CSU-Landesgruppenvorsitzenden Alexander Dobrindt

Viele öffentliche Veranstaltungen im Wahlkreis und in Berlin finden aus Schutz vor einer möglichen Ansteckung mit dem Coronavirus nicht statt. Da ich als Abgeordnete viel in Kontakt mit Menschen bin, gilt in dieser besonderen Situation auch für mich, dass ich weniger Termine als sonst wahrnehme und große Menschenmenge vermeide.



Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

* Bildrechte: [Pixabay.com](https://pixabay.com)

[Impressum](#)

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)